

Bezugspreis:

Bestellpreis: 30 Pf. monatlich, 3 Mark für ein Jahr, voraus zahlbar. Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen. Unter Umständen für Deutschland und Österreich 10,10 Pf. für das übrige Ausland bei täglich einmaliger Zustellung 21,50 Pf. Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen. Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz. — Einzelnummern in die Post zu versenden.

Der "Bismarck" mit der Sonntagsbeilage "Welt und Zeit" erscheint wochentags zweimal. Sonntags und Feiertags einmal.

Telegraphische Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 24. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Bayern-Deutschland an Nollat.

Berlin, 23. Dezember. (WZ.) Dem Vorsitzenden des Interalliierten Überwachungs-Komitees für das Landwehr-Generalkorps, ist folgende Note des Auswärtigen Amtes übergeben worden:

Herr General!

In der Note vom 11. Dezember wird die Auffassung vertreten, daß die deutsche Regierung nach dem Vertrag von Versailles zur Auflösung aller Selbstschutzorganisationen verpflichtet sei, weil solche Organisationen geeignet seien, eine Mobilisierung zu erleichtern und daher unter den Artikel 178 des Vertrages fallen. Artikel 178 unterliegt aber nicht alle Maßnahmen, die eine Mobilisierung erleichtern könnten, sondern nur solche, die auf diesen Zweck abzielen (tendant à une mobilisation). Eine Erleichterung der Mobilisierung könnte auch in der Führung von Einwohnern und Gewerkschaften oder sonstigen Registern und in jedem Ausbau des Eisenbahnnetzes erblickt werden. Es kommt jedoch darauf an, ob eine solche Erleichterung als der eigentliche Zweck der Maßnahmen zu betrachten ist. Dies ist bei dem Zusammenstoß der Bürger zum Selbstschutz ebenfalls der Fall wie bei den erwähnten Beispielen. Die deutsche Regierung kann also nicht angeben, daß das Bestehen von Selbstschutzorganisationen an und für sich gegen den Friedensvertrag verstößt. Sie muß vielmehr an der in ihrer Note vom 9. Dezember ausgesprochenen Auffassung festhalten, daß die Duldung oder Auflösung von Selbstschutzorganisationen, die keinen militärischen Charakter haben,

eine innere Angelegenheit Deutschlands

ist. Sie wiederholt, daß solche Organisationen nur als ein einseitiger Nachschuß zu betrachten sind und aus Gründen der Staatsautorität aufgelöst werden müssen, sobald es die Verhältnisse gestatten. Doch etwa die Organisationen selbst ihren Fortbestand für längere Zeit wünschen und sich darauf einrichten, würde demgegenüber nicht ins Gewicht fallen. Lediglich hat sich bisher nicht feststellen lassen, worauf sich die Angabe bezieht, daß die bayerischen Einwohnervorwehren eine Verletzung für das Jahr 1922 und noch weiterhin ins Auge fassen. Der Landesleitung der bayerischen Wehren ist von einer bevorstehenden Erklärung nichts bekannt. Die Kontrollkommission glaubt aus Nachrichten, die sie über gewisse Selbstschutzorganisationen bezieht, folgern zu müssen, daß diese Organisationen entgegen der Erklärung der deutschen Regierung einen militärischen Charakter

einen militärischen Charakter

tragen und in einer durch den Friedensvertrag untersagten Verbindung mit militärischen Behörden stehen. Sie beruft sich dabei auf gewisse Bestimmungen der "Satzungen des Landesverbandes der Einwohnervorwehren Bayerns" und auf eine beim Stab der 1. Division in Königsberg bestehende Anordnung hinsichtlich der ostpreussischen Ostwehren. In Bayern galt für den Fall, daß Einwohnervorwehren und Reichswehr gleichzeitig zur Bekämpfung von Unruhen herangezogen werden, früher die Bestimmung, daß sich die Einwohnervorwehren den Befehlen des Führers der militärischen Abteilungen zu unterstellen habe. Die §§ 1a und 10a der Satzungen des Landesverbandes der Einwohnervorwehren Bayerns sollten lediglich für diesen Fall die notwendige Fühlungsnahme mit den militärischen Stellen sichern. Eine andere Bestimmung konnte den Satzungen schon deshalb nicht zukommen, weil die Einwohnervorwehren nur als

Zusammenhang der Landespolizei

zu dienen hat. Ein organischer Zusammenhang zwischen Einwohnervorwehren und Reichswehr war dadurch nicht hergestellt. Die Bestimmungen sind aber inzwischen gegenstandslos geworden. Seit der Ernennung der Polizei untersteht eine aufgelöste Einwohnervorwehrgewehr nur der Leitung der in Tätigkeit getretenen Landespolizeibehörde. An die Stelle des in den Satzungen vorgesehenen Befehrs mit militärischen Kommandostellen ist nunmehr die Fühlungsnahme mit den örtlichen Landespolizeibehörden getreten. Die in Rede stehenden Bestimmungen werden sobald wie möglich auf dem schulgemäßen Wege auch formell aufgehoben werden.

Bei den ostpreussischen Ostwehren

fiel die Verfügung des Oberpräsidenten vom 7. August, wodurch diese Organisation geschaffen wurde, keine Verbindung mit militärischen Stellen vor. Inzwischen ist in der Tat beim Stab der ersten Division nach der am 10. November in Geltung getretenen Dienstverteilung Offiziere bestimmt, die für den Fall, daß die Ostwehren aufgerufen und zu einer Aktion eingesetzt werden müßten, durch die Zivilbehörden Verbindung mit ihnen halten sollten. Diese Bestimmung ist jetzt aufgehoben worden, so daß nur noch die Zivilbehörden auf die Art der Verwendung der Ost- und Grenzwehre Einfluß üben können. Die aus einer Verbindung der bayerischen und ostpreussischen Wehren mit der Reichswehr hergeleiteten Bedenken dürften hiermit in Wegfall gekommen sein. In der Note vom 11. Dezember heißt es, die Aufrechterhaltung der Selbstschutzorganisationen nach ihrer Entwaffnung lasse sich durch rein innere Zwecke nicht rechtfertigen, da sie, ihrer Waffen beraubt, nicht mehr wirksam zur Aufrechterhaltung der Ordnung beitragen könnten. Die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen, zu der Deutschland nach dem Protokoll von Spa verpflichtet ist, hat jedoch, ebenso wie im allgemeinen die Entwaffnung der Bevölkerung, nur in der Weise der Kriegswaffen zu bestehen.

Auch trägt schon allein der Zusammenhang zum Selbstschutz und die Gewissheit, im Falle der Not auf den Nachbarn zählen zu können, viel dazu bei, das Gefühl der Unsicherheit, unter dem die Bevölkerung leidet, zum Schwelgen zu bringen. Die in der Note gesuchte Bestätigung, es könnten andere deutsche Länder oder Provinzen für sich dieselbe Ausnahmestellung beanspruchen, die Bayern und Ostpreußen hinsichtlich der Entwaffnung der Wehren einzunehmen sollen, ist nicht begründet.

Für die übrigen Teile des Reichs wird die vertragsmäßig zugesagte Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen in nächster Zeit durchgeführt sein. Nur in Bayern und Ostpreußen gestatten die dort bestehenden besonderen Verhältnisse, wie sie in der Note vom 9. Dezember eingehend dargestellt sind, nicht, mit der gleichen Schnelligkeit vorzugehen. Die Annahme, daß

die kommunistische Gefahr,

auf die ich in meiner Note vom 9. Dezember bei der Schilderung der bayerischen Verhältnisse unter anderem hingewiesen habe, für Deutschland überausbedeutend sei, kann leider nicht als zutreffend betrachtet werden. Ich habe allerdings der Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch das Auftreten der russischen Revolution auf dem Kontinent der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands in Halle manchem die Augen geöffnet worden seien. Keine Hoffnungen sind aber nicht so weit gegangen, daß ich geglaubt hätte, mit einer Bedrohung von dieser Seite nicht mehr rechnen zu brauchen. Wenn meine Annahmen in der Unterredung vom 9. November anders aufgefaßt worden sind, so liegt ein Mißverständnis vor. Aus der Note der in Bayern abgegebenen kommunistischen Wahlstimmen kann keineswegs geschlossen werden, daß bei einzelnen Kreisen die Zahl der Anhänger nicht über die der kommunistischen Wähler hinausgehen werde. Gelänge es einigen radikalen Elementen, die Straße aufzurufen, so müßte mit weit größeren Massen gerechnet werden.

Die Gefahr wächst mit der wirtschaftlichen Not.

Die gegen Ende des Wirtschaftsjahres in besonders bedenklichem Grade zunimmt. Daß die dagegen zur Verfügung stehenden regulären Kräfte, die in der Note vom 11. Dezember genannte Zahl nicht erreichen würden, ist aus meiner Note vom 9. Dezember ersichtlich. Auch die Schlüsse, die aus den Mitteilungen des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen vom 8. und 14. September gezogen werden, sind nicht haltbar. Zur damaligen Zeit waren die Kräfte geschlagen und die ganze Gefahr eines Einbruchs in Ostpreußen geschildert. Es handelte sich nur noch darum, die Wälder nach vertriebenen russischen Soldaten abzuräumen und die Unruhestätten der Internierten bis zu ihrem Abmarsch zu beseitigen. Der Oberpräsident hat gesagt, daß er zur Unterstützung der regulären Kräfte bei diesen Aufgaben 3000 Mann der Ort- und Grenzwehre für Ostpreußen hätte. 2000 Mann Grenzwehre würden zur Abwendung der Wälder, 1000 Ortwehremänner zur Beseitigung der Internierten verwendet werden. Daraus kann aber natürlich nicht geschlossen werden, daß eine Verstärkung um 3000 Mann genügen würde, um den die Provinz bedrohenden Gefahren Trost bieten zu können. Lediglich darf daran erinnert werden, daß die deutsche Regierung demals auch 4 Bataillone Reichswehr nach Ostpreußen geschickt hätte. Um der Bevölkerung in Ostpreußen wie in Bayern das Gefühl der Sicherheit zu geben und sie vor Gefahren zu schützen, die nur allzu drohend sind, ist es im Augenblick noch nicht angebracht, dort zur vollständigen Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen zu schreiten. Die deutsche Regierung kann daher nur die in ihrer Note vom 9. Dezember ausgesprochenen

Bitte an die Alliierten Mächte

wiederholen. Indem sie bittet, diese und die gegenwärtige Note zur Kenntnis der von ihnen vertretenen Regierungen zu bringen, gestattet sie sich darauf hinzuweisen, daß bis jetzt an Waffen, die nicht Selbstschutzorganisationen gehören, im ganzen 791 Gewehre, 1133 Maschinenpistolen, 1373 750 Gewehre, Karabiner und Pistolen abgeliefert und in der Hauptkassette auch schon zur Verladung gebracht worden sind. Außerdem sind auf Grund des Entwaffnungsgesetzes vom 7. August 8404 Maschinenpistolen und 801 633 Gewehre angemeldet worden. In diesen Zahlen ist die Bewaffnung der Selbstschutzorganisationen enthalten. Von den so angemeldeten Maschinenpistolen ist der weitaus größte Teil ebenfalls bereits abgeliefert und unbrauchbar gemacht worden, und zwar schon vor dem 11. Dezember. Dies gilt auch für Hannover; in Württemberg befehlen die Selbstschutzorganisationen keine Maschinenpistolen mehr. Auch von den angemeldeten Gewehren sind schon beträchtliche Mengen eingezogen worden. Die deutsche Regierung glaubt erwarten zu können, daß dieses Ergebnis ihres ernstlichen Bemühens Anerkennung findet. Die weitere Eingliederung der letzten Waffen der Selbstschutzorganisationen ist im Gange. Die deutsche Regierung wird auch weiter alles tun, um die in ihrer Note vom 9. Dezember angegebenen Termine einzuhalten. Sie hat keinen Grund, daran zu zweifeln, daß es ihr gelingen wird.

Der Weg, den sie bei der ganzen Entwaffnungsdaktion eingeschlagen hat, war der einzige, der nach der Lage der Verhältnisse zum Ziele führen konnte. Sie hofft, daß sich die Alliierten Regierungen dieser Erkenntnis nicht verschließen werden.

Benehmen Sie, Herr General, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Dr. Simons.

Die Ausgleichszahlungen.

Berlin, 23. Dezember. (WZ.) Gestern ist dem Auswärtigen Amt vom französischen Botschafter eine Note der französischen Regierung überreicht worden, in der Beschwerde über die Einstellung der deutschen Ausgleichszahlungen erhoben und die Einstellung als Verletzung des Friedensvertrages bezeichnet wird. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß Artikel 21 des Friedensvertrages Deutschland das Recht gibt, einen Vorrang der für seine Versorgung mit Lebensmitteln notwendigen Kosten vor den übrigen Leistungen aus dem Friedensvertrag in Anspruch zu nehmen.

Der 20. Februar.

Von Gustav Keller.

Im November 1918 stürzten zweiundzwanzig Dynastien wie ein Kartenhaus zusammen. Der von uns erstrebte Einheitsstaat konnte aber nicht verwirklicht werden. Die Reichsverfassung hat zwar den Einheitsstaat durch ihre Artikel 6 bis 10 und Artikel 18 herbeizuführen, ob dies aber in absehbarer Zeit gelingt, vermag niemand voranzusagen. Breußen ist also noch Gliedstaat des Reiches und möchte sich eine Verfassung geben. So ist ein anderes Breußen entstanden als vor dem 9. November 1918. Heute ist nicht Breußen, sondern Bayern, was früher Breußen im Reich war: der Hort der Reaktion.

Am 20. Februar hat das preussische Volk zu entscheiden, von welcher Regierung es seine Gesetze leiten lassen will! Bekanntlich haben wir eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten. Daß dies kein Idealzustand ist, hat der Redner unserer Fraktion am 26. März 1919 im Parlament zum Ausdruck gebracht, indem er sagte:

„Erlaubt die Revolution, für die der Völkern durch den 43-jährigen Krieg vorbereitet wurde, hat mit dem einen Volkswahlrecht ausgestattet und den Weg für eine parlamentarische Regierung freigegeben. Wir bedauern nicht, und es wird sich noch oftmals wieder zeigen, daß das preussische Volk bei den ersten Wahlen keine sozialistische Mehrheit ergab. Diefür müssen wir eine Koalitionsregierung, statt die einer sozialistischen Regierung hören.“

Nun gab es Unstimmigkeiten und Reibungen in den Koalitionsparteien, die aber solange erträglich waren, als die Reichsregierung diese Koalition aufreichte wie die preussische Regierung. Nach dem 6. Juni änderte sich das Bild. Von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde nichts verstanden, immer wieder zu versichern, daß die gegenwärtige Koalition der Landesversammlung nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche. Unsere Minister wurden aufs schärfste attackiert. Es muß offen gesagt werden, daß das Zentrum und die Demokraten an diesem Zustand nicht ganz unschuldig waren.

Der Volkskampf wird äußerst heftig werden, zumal unsere Gegner glauben, die Uneinigkeit der Arbeiterklasse benutzen zu können, um uns am 20. Februar niederzureißen. Schon finden sich Sammeltruppen der bürgerlichen Parteien. So schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am 21. Dezember, daß jetzt die Forderung erhoben werden müsse, alles Trennende zurückzustellen und selbst unter Überzeugungsopfern alle und alles zusammenzufassen, was sich zusammenfinden kann in gemeinsamer Verteidigung für das Ganze. In ähnlicher Weise äußert sich der demokratische Reichsminister Koch: „In der parlamentarischen Arbeit können wir mit der Deutschen Volkspartei ein gutes Stück zusammengeben, wenn auch die Zeit der Hochzeit noch nicht gekommen.“ Und haben die letzten Vorgänge im Preussenparlament nicht bewiesen, daß das Zentrum unter Führung von Herold gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen Obstruktion treibt, um die Verabschiedung wichtiger Gesetze zu verhindern? Es muß unsere Aufgabe sein, zu verhindern, daß ähnlich wie in Sachsen große Arbeitermassen der Wohlthat nicht genügen. Es gilt am 20. Februar, der ein Gewähltag wird, da zugleich auch die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen vorgenommen werden, den letzten Hort der Arbeiterklasse zu retten. Der bürgerlichen Reichsregierung haben die Unabhängigen die Stiefel gehalten; dank der U.S.V.D. haben wir in Westfalen eine bürgerliche Regierung, in süddeutschen Staaten zum großen Teil ebenfalls.

Wir haben auszusprechen was ist und den Hand- und Kopparbeitern zu sagen, daß es keinen Aufstieg der Arbeiterklasse geben kann, wenn sie nicht begreifen, daß die Grundbedingung alles Fortschritts die Eintracht der Klasse ist, die herrschen will. Wenn auch der Aufgabenkreis der Gliedstaaten beschränkt ist, so hat doch der kommende Landtag noch große Aufgaben zu erfüllen. Es sei nur eins herausgehoben: die Demokratisierung der Verwaltung, die Einheitsstaatlichkeit der Landgemeinde- und Städteordnung. Eine bürgerliche Mehrheit im künftigen Landtag würde die Verwaltungsreform ohne weiteres nach rückwärts revidieren. Aufgabe der gekamerten Hand- und Kopparbeiter ist es, aus den begangenen Fehlern zu lernen. Führe der Volkskampf in Preußen zu einer Niederlage, so wäre dies viel verhängnisvoller als wenn das in den anderen Staaten geschehe. Breußen war seit dem 9. November 1918 der stärkste Ball gegen die Reaktion. Breußen konnte das sein, weil Sozialdemokraten in der Regierung mitreden konnten. Sie sind es ja auch gewesen, die den Kampf mit der Orgelei aufnahmen.

Am 20. Februar geht es um die Erhaltung nicht nur der preussischen, sondern auch der Deutschen Republik. Auf das Ziel, unsere Position in Preußen nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu erweitern, muß unsere ganze Arbeit der nächsten Wochen gerichtet sein!

Späte Erkenntnis.

Am 17. Dezember fand in der französischen Kammer eine große politische Debatte anlässlich des Rücktritts des Kriegsministers André Lefèvre statt, in der das Problem des Verhältnisses Frankreichs zu Deutschland unter den verschiedensten Gesichtspunkten erörtert wurde. Die Nationalisten Barthou, Douhet und Barrès sprachen von der deutschen Revanchefrage und beriefen sich dabei u. a. auf die Orgel. Der Ministerpräsident Daguès bemühte sich in einer ziemlich launigen Rede diese an sich lächerlichen Befürchtungen durch statistische Angaben über die Ablieferung und die Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials zu entkräften, womit er sich unweifelhaft ein Verdienst um die Wahrheit und um die Entwarnung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich erworben hat. Das ändert übrigens nichts an der Tatsache, daß unsere sogenannten nationalen Parteien durch ihren frechen und sinnlosen Ton und durch ihr Eintreten für die Drache billiges Agitationsmaterial den schlimmsten Feinden Deutschlands geliefert haben und weiter liefern.

Der „Temps“ vom 19. Dezember bespricht in einem Leitartikel diese Kammerdebatte und kommt zu dem Schluss, daß der einzige Ausweg, um zu einem erträglichen Verhältnis zwischen den beiden Nachbarländern zu gelangen, ohne daß aus Sorge vor deutschen Revanchepänen Frankreich in der bisherigen Weise rüftet, in einer Stärkung derjenigen deutschen Parteien liegt, die die Gewalttheorien ablehnen. Mit Recht bezeichnet der „Temps“ als Anhänger der Gewaltmethoden nicht allein die Radikalkräfte, sondern auch die Kommunisten. Diese Möglichkeit, schreibt der „Temps“, wird sich eröffnen, wenn Deutschland wirklich die demokratische Republik, die republikanische Republik geworden sein wird, die es heute nicht sein kann, solange es in der jetzigen Regierungsmehrheit eine Partei zählt, die sich aus offenen oder versteckten Monarchisten zusammensetzt. Der „Temps“ schließt:

„Man sage nicht, daß wir nichts dafür können, wir republikanischen und siegreichen Franzosen. Eine solche Antwort läme einer Banfrotterklärung gleich, sie wäre ein schlimmerer Fehler als die, die wir bereits begangen haben. Die Wahrheit ist, daß wir unendlich viel tun können, damit in Deutschland die Republik tiefer Wurzeln fass.“

Zwei Jahre lang, vor allem in den ersten Monaten nach der Revolution, haben wir uns vergebens bemüht, dies der Entente klarzumachen. Aber es schien, als predigten wir nur tauben Ohren und als ob die Politik Frankreichs planmäßig darauf ausging, die republikanischen Parteien in Deutschland systematisch zu schwächen und die monarchistisch-reaktionären Elemente zu neuem Leben zu verhelfen.

Die Juniwahlen, denen es zu verdanken ist, wenn heute die offenen oder versteckten Monarchisten der Deutschen Volkspartei tatsächlich einen wichtigen Bestandteil der deutschen Regierungsmehrheit bilden, sind in erster Linie das Ergebnis dieser französischen Politik, die der Verfasser des „Temps“-Artikels — offenbar der kluge Jean Perette — selbst als gänzlich verfehlt anerkennt.

Diese Erkenntnis kommt zwar reichlich spät, der ungerichtete Schaden ist ungeheuer, die Gewalttäter von rechts und von links haben eine Macht erlangt, die wir ihnen nur in einem zähen und undankbaren Kampf wieder entreißen können. Aber wenn sich diese Erkenntnis in Frankreich durchsetzt und man dort auch bei der Ausführung des Friedensvertrages die nötigen Schlußfolgerungen daraus zieht, dann wird die deutsche Republik bald ebenso stark, ebenso demokratisch, ebenso republikanisch wieder werden, wie sie es in den ersten Monaten nach der Revolution schon einmal war.

Korfanty und die Beamten.

Wojciech Korfanty wird in seiner Tätigkeit als Leiter des polnischen Abstimmungs-Kommissariats in Oberschlesien immer anmaßender. Neuerdings hat er an sämtliche Beamten in Oberschlesien ein Schriftstück gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Binnen kurzem wird Oberschlesien eine autonome Wojewodschaft der freien Republik Polen. Es mag dies manchem deutschen Beamten schmerzhaft sein, aber als vernünftiger Mensch wird er sich den gegebenen Tatsachen fügen und in den neuen Verhältnissen sich sein Leben möglichst gut einzurichten trachten.“

Er versichert den Beamten weiter, daß es seine Pflicht sei, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen für die Ueberführung der öffentlich-rechtlichen Betriebe Oberschlesiens in die polnischen Verhältnisse. Aus diesem Grunde sucht er für alle Stellen „disziplinertreue Beamten“ und will jetzt schon feststellen, welche Beamten in ihren Kammern zu verbleiben gedenken. Dabei redet er den Beamten vor, daß er bereits die Unterstützung eines großen Teils von ihnen gefunden habe, und versichert, daß kein Deutscher eine Benachteiligung nach irgendwelcher Richtung zu befürchten habe, sofern er als loyaler Bürger der Republik Polen seine Staatsbürgerpflichten erfüllen werde.

Zum Schluß fordert er die Beamten auf, bis zum 1. Januar mitzuteilen, ob sie nach erfolgter Abstimmung bei Polen bleiben wollen. Für diejenigen, die nicht mit Ja antworten, würde Ersatz beschafft werden. Dem Schriftstück ist ein vorgegedrucktes Antwortschreiben mit Fragebogen angeheftet.

Man kann sich vorstellen, daß diese mit unglaublicher Sicherheit auftretende Gewissensfrage bei Schwanken und Elementen unter der Beamtenschaft schon so viel Verwirrung angestiftet hat, daß einige von ihnen den Fragebogen mit Ja beantwortet haben. Aus Ratibor wird uns dazu geschrieben, daß der Beamtenauschuß der Reichseisenbahnbeamten vom Bahnhof Ratibor und den dazu gehörigen Anschließern gegen den Korfanty-Aufmarsch die schärfsten Proteste eingeleitet hat. Die Beamtenauschüsse in Oberschlesien haben sich bisher auf Anordnung ihrer Behörden jeglicher Politik enthalten und wollen dies auch ferner tun. Sie verlangen aber mit Recht von den zuständigen Stellen, daß sie auch die polnische Agitation zu verhindern wissen. Sie vermuten sicher nicht ohne Grund, daß Korfanty die mit Unterdrückung versehenen Vereinstätigkeiten noch vor der Abstimmung zu Agitationszwecken benutzen will. Die Beamten wenden sich deshalb an das deutsche Plebiszit-Kommissariat um Unterstützung in ihrer Abwehr gegen den polnischen Uebergriff.

Die Dreifaltigkeit, mit der Herr Korfanty das Abstimmungsergebnis schon vorweg nimmt, wird für alle in Deutschland wohnenden Oberschlesier ein neuer Ansporn sein, sich

für die Reise ins Abstimmungsgebiet und zur Wählerleistung für Deutschland zu rüsten. Sie wissen genau, daß die Verankerung, in dem Polen-Korffanty hatte kein Deutscher eine Benachteiligung zu befürchten, eitel Schwärme ist. Die Spuren der mihandelten und vertriebenen Polen und ehemals westpreussischen Deutschen schreien.

Beamtenbund und Reichsregierung.

Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist neuerdings an die Reichsregierung herangekommen, um Verhandlungen darüber zu erreichen, welche weiteren Maßnahmen mit sofortiger Wirkung getroffen werden müssen, um der Beamtenschaft in ausbrechender Weise zu helfen. Wie der Beamtenbund mittelst, ist in Aussicht gestellt worden, daß in den nächsten Tagen neue Vorschläge über Hilfsmaßnahmen für die Beamtenchaft zwischen der Regierung und dem Deutschen Beamtenbund zur Erörterung gelangen werden.

Hauptmann v. Kessel straffrei!

Das Strafverfahren gegen den Hauptmann Eugen v. Kessel ist nunmehr auf Antrag seines Verteidigers durch Beschluß der 1. Strafkammer des Landgerichts I auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt worden.

Bekanntlich waren gegen den Hauptmann v. K. im Anschluß an den Marloth-Prozess schwere Vorwürfe erhoben worden, insbesondere nach der Richtung, daß Hauptmann v. Kessel und Oberst Reinhardt durch ihr Verhalten die Tat Marloths überhaupt erst ermöglicht hätten. Die diesbezügliche sofortige eingeleitete Untersuchung führte zwar zu dem Ergebnis, daß v. K. und Oberst Reinhardt ihre Pflicht nicht verletzt hätten, indessen entstand aus diesen Ermittlungen ein Meinungsstreit gegen v. K., da er in der Voruntersuchung gegen Marloth abgetan worden hatte, von Marloths Mord vorher Kenntnis gehabt zu haben und zu wissen, wozu sich dieser begeben habe. Die Verhandlung gegen Kessel mußte befristet sein, weil wegen einer schweren Erkrankung des Angeklagten abgebrochen und der Haftbefehl aufgehoben worden. Mit der Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ging die Sache an die ordentlichen Gerichte über, und Staatsanwaltschaftsrat Gerlach war zum Oberstaatsanwalt mit der Vertretung vor dem Schwurgericht beauftragt worden, da das Bestreben der Staatsanwaltschaft dahin ging, die Sache schon vor ein der nächsten Schwurgerichte zu bringen. Von Rechtsanwalt Dr. Alsbach wurde geltend gemacht, daß selbst wenn der Angeklagte, was dieser nach wie vor bestritt, seine Eidspflicht verletzt habe, das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August d. J. niedergelassen werden müsse, denn die ihm zur Last gelegte Handlung hänge unmittelbar mit der Abwehr eines gegen das Reich begangenen hochverräterischen Unternehmens zusammen. Kessel habe dem Garde-Kavallerie-Schützenkorps als Führer einer Kraftwagenstaffel angetreten, welcher die Aufgabe zugewiesen war, den Märzputsch von 1919 abzuwehren. Der bedauerliche

Nichtgriff Marloths,

der nach dessen Ansicht sich gegen angebliche hochverräterische Angriffe gerichtet habe, sei für die Regierung in hohem Maße gefährlich gewesen. Wenn von K., ebenso wie viele auf Seiten der Regierung stehende maßgebende Männer der Ueberzeugung gewesen sei, daß die öffentliche Meinung nicht gerade in jenen Tagen durch eine Gerichtsverhandlung gegen Marloth erregt werden dürfe und ein solcher Prozeß hinausgeschoben werden müsse, so sei das Motiv des Angeklagten jedenfalls ein politisches im Sinne des Amnestiegesetzes gemeint. Auf Grund der Rückschlüsse des preussischen Justizministers zu dem Amnestiegesetz müsse es als ausreichend angesehen werden, daß v. K. die Regierung vor schwerwiegenden politischen Verwicklungen bewahren wollte, denn damit seien die Handlungen von Kessels als durch die politische Situation bedingt nachgewiesen.

Die Strafkammer hat sich dieser Auffassung angeschlossen und das Strafverfahren gegen v. K. auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

Sind auch alle Rotgardisten des Ruhrgebietes schon außer Verfolgung gesetzt?

Die Begründung der Einstellung des Verfahrens gegen Kessel erscheint uns höchst anfechtbar. Die Begünstigung der Flucht Marloths war gegen die Justiz gerichtet und geschah zu einer Zeit, wo der Märzputsch bereits erledigt war. Die Tat Marloths selbst diente keineswegs zur Niederdrückung des Putschs, sondern war ein Hochakt an wechsellagernden überzogenen Gefangenen, die von Marloth und seinen Hintermännern als Mitschuldige am Putsch angesehen wurden. Die Deduktion der strafbaren Begünstigung der Flucht durch Kessels Meinungsänderung erfolgte noch viel später. Der Zusammenhang mit der Putschabwehr ist höchst künstlich und die Anwendung der Amnestie sozusagen bei den Haaren herbeigezogen. Die Staatsanwaltschaft wird wohl nicht verschelen, gegen diesen Beschluß, der allerdings geeignet ist, Aufregung zu erzeugen, die ihr gegebenen Rechtsmittel zu ergreifen.

Der Kampf um den Bremer Senat.

Wir haben bereits über den Konflikt berichtet, der in Bremen zum Rücktritt des bürgerlichen Senats führte. Am 9. Januar wird das Volk von Bremen in einer Abstimmung darüber zu entscheiden haben, ob es in Zukunft weiter von einem reaktionären Senat regiert werden will oder ob es eine sozialistische Regierung vorzieht. Das Bürgerium hat sich getrennt nach bürgerlichem Muster von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen zusammengeschlossen. Aber auch die Sozialisten haben für diese Zeit die Streitart begnaden und sind eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen.

Die Stimmung unserer Parteigenossen ist nach allen Richtungen eine glänzende. In den am Montag abend stattgefundenen Distriktsversammlungen der Partei wurde mit Freude die Mitteilung von der gemeinsamen Kampffront der sozialistischen Arbeiterchaft begrüßt und gelobt, alle Kräfte für den Sieg der sozialistischen Parteien einzusetzen. Würden die Bürgerlichen als Sieger aus dem Volksentscheid hervorgehen, so würde auch in Bremen die reaktionäre Welle alles überflutet, die Arbeiter- und Beamtenrechte wären keineswegs mehr gesichert. Der Sieg des Bürgeriums würde gleichbedeutend sein mit einer Neuwahl der Bürgerchaft, die dann auch ihrerseits eine bürgerliche Mehrheit erhalten würde. Man ist sich darüber klar, daß es der Ausbütung aller Kräfte bedarf, um das zu verhindern, aber man hat die feste Zuversicht, daß am 9. Januar die Arbeiterchaft, der Sozialismus und die Freiheit triumphieren werden.

Die geheimnisvolle Nachsitzung.

Der Preussische Pressedienst schreibt: Die „Berliner Morgenpost“ bringt einen dritten Artikel über die angebliche geheime Nachsitzung im Ministerium des Innern. Erneute Behauptungen haben bestätigt, daß keinem Beamten des Ministeriums über eine derartige Sitzung in der Nacht vom 21. zum 22. November d. J. etwas bekannt ist. Dagegen ist das von dem genannten Blatte erwähnte Protokoll, das

bisher im Ministerium des Innern unbekannt war, eingegangen. Eine Untersuchung wird die Sache klären. Jedenfalls aber steht schon heute fest, daß Minister Dr. Wegmann an einer derartigen Sitzung nicht teilgenommen, auch von einer solchen bis zum heutigen Tage keine Kenntnis erhalten hat.

Vom Essener „Verständigungsausschuß“.

Wie wir vor einiger Zeit mitteilten, ist das bisherige Mitglied des sogenannten „Verständigungsausschusses“ der Sozialistengesetzkommission, unser Parteigenosse Steiger Werner, aus dieser Kommission ausgeschieden, weil er, wie er in einem Schreiben mitteilte, seine weitere Mitarbeit als zwecklos und als Kraftverschwendung ansah. Einer Nachricht der „Dena“ zufolge wird ein anderer Arbeiterführer (ein Name ist nicht genannt) in den Ausschuß eintreten, der am 17. Januar seine Beratungen in Essen erneut aufnimmt.

Erhöhung der Militärunterstützung.

Wir rüchten darauf, daß den auf Grund der Militärverordnungen zum Empfang von Versorgungsgebühren berechtigten Militärpersonen der Unterklasse und deren Hinterbliebenen am 1. Mai 1920 eine Zulageerhöhung von 20 oder 40 Proz. ihrer Zuwendungen zuerkannt worden ist, hat der Reichspräsident Genosse Ebert genehmigt, daß auch den Unterstützungsempfängern des Mannschafstandes des Heeres, der Marine und der Schutztruppen auf Kapitel XV 2, Titel 1 des Reichshaushalts, soweit die Unterstützungen an Stelle gesetzlich nicht zuständiger Mannschaföverordnungen bewilligt worden sind, sowie den aus demselben Fonds unterstützten Hinterbliebenen solcher Personen eine vom 1. Mai 1920 ab bis auf weiteres zahlbare Zulageerhöhung bewilligt wird, und zwar in Höhe von 30 Proz. der ihnen gewährten Unterstützungen für die ehemaligen Militärpersonen und von 40 Proz. für die Hinterbliebenen. Es handelt sich dabei um die aus dem früheren kaiserlichen Dispositionsfonds bei der Reichshauptkasse gezahlten Unterstützungen.

Die erhöhten Beträge werden den betreffenden Personen ohne weiteres sobald als möglich ohne besonderen Antrag gezahlt werden.

Amerika fängt an.

Washington, 23. Dez. (D.N.) Der Staatssekretär des Schatzamts, Haugan, gibt bekannt, daß mit dem 18. Dezember das „Federal Reserve Board“ alle Verfügungen betr. die Regelung und die Einschränkung der Einfuhr und des Geldverkehrs mit Sowjetrußland aufgehoben hat. Die Aushebung sei erfolgt in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Staatsdepartaments vom 7. Juli d. J., die die Wiederherstellung der normalen Handelsbeziehungen mit Rußland wieder anstrebten.

Moskau, 21. Dezember (D.N.) Der französische Gesandte protestierte bei dem chinesischen Minister für auswärtige Angelegenheiten gegen die Unterhandlungen der chinesischen Mission wegen Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Harding soll eine Abrüstungskonferenz planen und den vom Völkerbund beschlossenen Gerichtshof beibehalten wollen; auch ohne Armeen würde, so meint Harding, die Autorität des Gerichtshofs ausreichen.

8. Allrussischer Rätekongreß.

Riga, 23. Dez. (D.N.) Die erste Sitzung des 8. Allrussischen Rätekongresses ist vom 20. auf den 22. Dezember verschoben worden. Die Tagung findet im Moskauer „Großen Theater“ statt. Die Tagesordnung enthält eine Reihe wirtschaftlicher Fragen, u. a. die Wiederaufrichtung der Industrie und des Transportwesens sowie die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion und die Hilfe für die Bauernwirtschaften, ferner organisatorische Fragen der Sowjetbehörden, den Kampf mit dem Bureaucratismus, und endlich die Wahlen des Zentralerwaltungsausschusses. Am Kongreß nehmen 1895 Delegierte teil, wovon 1211 Kommunisten, 73 Parteiloze und einer Mitglied des jüdischen „Bundes“ sind. Somit ist es gelungen zu verhindern, daß die allgemein von den Kommunisten zugestandene Unzufriedenheit der Arbeitermassen bei den Wahlen zum Kongreß in ähnlicher Weise wie bei den Petersburg Wahlen zur Arbeiter- und Bauerninspektion zum Ausdruck kommt.

Berlin, 23. Dez. (D.N.) Die Gerüchte über eine Flucht der Sowjetregierung nach Petersburg sind völlig unzutreffend; sie verbleibt in Moskau. Schon die Einberufung des 8. Allrussischen Rätekongresses nach Moskau beweist, daß die Sowjetregierung sich dort sicher fühlt. Diesen Gerüchten liegt lediglich die fast aufgekauften Tatsache zugrunde, daß in Moskauer Sowjet bei den Beratungen über Maßnahmen zur Binderung der Wohnungsnot die Frage der Verlegung eines Teils der zentralen Verwaltungsstellen nach Petersburg aufgeworfen worden ist. Es hat sich jedoch erwiesen, daß trotz der Verminderung der Petersburg Bevölkerung um über 70 Proz. nur 10 000 von der ungeheuren Menge der 200 000 Sowjetangestellten Moskaus in Petersburg untergebracht werden könnten.

Kohlenlieferungen und Entente-Kommission.

Die Befürchtungen, daß eine restlose Erfüllung des Abkommens von Spa im Dezember nicht möglich sein wird, machen sich in engverwöhnten Kreisen immer mehr geltend. Der ungünstige Wasserstand der Flüsse, der noch durch den kalten trodenen Herbst verstärkt wurde, hat schon vor geraumer Zeit zu einer Einstellung der Wassertransporte gezwungen. Bekanntlich ist die Kohlennot in den deutschen Großstädten gerade in der letzten Zeit sehr bedrohlich geworden. Wie bekannt ist, die Entente bei den Verhandlungen, die vor kurzem in Paris stattfanden, hierauf aufmerksam gemacht worden. Besonders wurden dabei die Transportwirtschaftlichen hervorgehoben. Ein daraufhin vom Pariser Wiederaufbaukommissionen gemäß der Vorladung, eine Kommission nach dem Ruhrgebiet zur Untersuchung der Transportlage zu entsenden, wurde von der deutschen Kommission angenommen. Diese Kommission ist inzwischen in Essen eingetroffen und beobachtet die Transportlage im Kohlenrevier bis zu den fremden Stationen. Die Kommission setzt sich aus englischen, französischen, belgischen und deutschen Sachverständigen zusammen.

Entwaffnung in Deutschösterreich.

Wien, 23. Dezember. (D.N.) Eine Verordnung der Regierung verfügt die zwangsweise Enteignung der Waffen von Privatpersonen. Es handelt sich in erster Linie um die Waffen aller politischen Parteien. Auch werden alle Privatpersonen, die Waffen mit Munition als Kriegsgüter mitgenommen haben oder, ohne einen Waffenpaß zu besitzen, solche in Gewahrsam haben, verpflichtet, die Waffen abzuliefern.

Beschlüsse zur Arbeitslosenfrage.

In der Stadtverordnetenversammlung ging es gestern wieder toll her. Das Hauptstück der Tagesordnung waren die Beschlüsse zur Arbeitslosenfrage...

Sitzungsbericht.

Vorsitzer Dr. Wehl eröffnet die zu Beginn noch sehr mäßig besuchte Sitzung um 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß ein Dringlichkeitsantrag Weidig (D. Sp.) vorliegt...

Der Bericht erstattet hierauf Stadtrat Brühl. Mächtig war Einigkeit darüber, daß den Arbeitslosen mit Rat und Tat beigegeben werden müsse...

Antrag der Gewerkschaftskommission festgelegt.

Der beschl. geht: Die Versammlung ersucht den Magistrat, folgender Forderung an die Staats- und Reichsregierung beizutreten: 1. Allen Arbeitslosen einmalige geldliche Zuweisungen zu gewähren...

nur mit Beschaffung produktiver Arbeit

möglich. Staat und Reich sollen daher ersucht werden, Mittel bereitzustellen, um produktive Arbeit sofort in Angriff nehmen zu können...

Reichsarbeitsministerium noch das preussische Wohlfahrtsministerium direkt mit Berlin verkehren können. Wir wurden zu den Oberpräsidenten gemessen...

Die vom Vorkeser geäußerte Hoffnung, daß sich angesichts des einstimmigen Deputationsbeschlusses die Aussprache auf kurze Erklärungen beschränken werde, erfüllt sich nicht...

die bürgerliche Regierung zu befeitigen.

(Großer Lärm rechts.) Ein hungerndes Volk kenne keine Gesetze mehr, sondern gehe darüber hinweg und alles, was sich entgegenstelle, werde zerhackt...

Krause (H. Soz.) hält den Kommunisten vor, daß sie mit ein Gesetz nach außen erheben. Gegen den tosenden Lärm...

Jahow (B. N.) tritt der Infatuation Ostrowski entgegen, daß die Bürgerlichen nur aus Furcht für den Ausschuhentzug gewesen wären.

Stadtrat Brühl: Soeben hat mir das Wohlfahrtsministerium telefonisch mitgeteilt, daß augenblicklich und während der Drängler Verhandlungen...

die Finanzkontrolle über Deutschland

zu verhindern. (Allgemeine Erregung.) Wir nehmen diese Mitteilung als unverbindlich hin, wir müssen auf schriftlichem Bescheid bestehen...

Nach weiteren scharfen und scharfen Auseinandersetzungen zwischen Brühl und den Kommunisten, wobei es abermals zu den lärmendsten Auftritten kommt...

der Antrag der Kommunisten abgelehnt

in einfacher Abstimmung gegen die Antragsteller. Ein einstimmiges Votum amontet von der Jubelstunde auf dieses Ergebnis...

Ein neuer Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, den Magistrat zu beauftragen, das gegen Beschuldigte am Elektrizitätswerk anhängig gemachte Verfahren sofort zurückzugeben...

Der Antrag der Kommunisten wegen Aufhebung der Verfügung des Magistrats vom 16. November, wodurch die Mittel für unentgeltliche Lieferung der Lebensmittel aus dem Etat gestrichen werden sollten...

Die drei gerechten Kammacher.

Von Gottfried Keller.

Neht wurde aber Bäs eifersüchtig und sagte etwas heftig: „Bei mir wollen alle Tiere gern bleiben! Einen Vogel hab' ich acht Jahre gehabt...“

„Mit Verlaub,“ sagten alle drei Kammacher zugleich. „Hierin irren Sie sich gewißlich, das Elfenbein wird aus den Elefantenzähnen gewonnen...“

Der Magnet zieht Eisen an, auf die Schiefertafeln kann man schreiben, aber nicht auf den Diamant...

Die armen Gesellen wagten nicht ein Wort weiter zu sagen; Bäs hatte sie gut zugehört und sprach noch viele hochtrabende Dinge durcheinander...

Der Schwanze hingegen hatte listigerweise ein Klaidchen mitgenommen, in welchem er Aircaneist mit Wasser und Zucker gemischt, welches liebliche Getränk ihm stärkte...

der Magistratsvertreter erwähnt, daß es sich um mindestens 50 Millionen Mark handele, die nicht vorhanden seien...

der immer von neuem losbricht und den Vorkeser nötigt, die Sitzung auf 5 Minuten zu vertagen. Es wird dann festgestellt, daß ein Jertum bei der Auszählung nicht obgewaltet hat...

Die Anfrage der Kommunisten betr. die Vorgänge im Erziehungsheim Lindenhof und den Dr. Witter wird in sehr eingehender Weise von der Deputierten für das Jugendamt...

Am 9 Uhr wird die Sitzung vertagt.

Die Oberbürgermeisterwahl im Aussch. u.

Am gestrigen Nachmittag nahm der Wer-Aussch. in zweiter Lesung zur Oberbürgermeisterwahl Stellung. Von unserer Seite wurde betont, daß sich bei der sozialdemokratischen Fraktion in der Auffassung über diese Frage nichts geändert habe...

Die Abstimmung über beide Kandidaten ergab 10 zu 10 bei 5 Stimmhaltungen. Dieses Ergebnis läßt indessen noch keine sichere Vermutung über den Verlauf der Wahl im Plenum zu.

Der Einheitstarif auf Stadt- und Ringbahn.

Bei der Neueinleitung der Preise auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn zum 1. Januar soll bekanntlich mit dem zur Zeit bestehenden Dreizonen-System völlig gebrochen und ein Einheitspreis für jede Einzelfahrt eingeführt werden...

Mit dem 1. Januar werden alle Fahrkarten, deren Preis unter den oben im einzelnen aufgeführten Beträgen bleibt, ungültig.

Bäs an; sie trank es halb aus, es schmeckte ihr vortrefflich und erauichte sie und sie sah den Dietrich dabei überqueren ganz holdselig an...

Dann aber erhob sie sich von der Erde, strich ihr Kleid, welches sie fortwährend aufgeschützt hatte, zurecht und sagte: „Nun ist es wohl Zeit, liebe Freundin, daß wir uns aufmachen...“

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Geschlossen.

Schauspielhaus.
Geschlossen.

Deutsches Theater.
Heute geschlossen.
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Was ihr wollt.
7^{1/2} Uhr: Der Arzt am Scheideweg.

Kammerspiele.
Heute geschlossen.
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: D. deutsch. Kleinstädt.
7^{1/2} Uhr: Er ist an allem schuld. Der Spieler. Der Heiratsantrag.

Gr. Schauspielhaus
(Karastraße)
Heute geschlossen.
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Danton (auch Abonn.)
7^{1/2} Uhr: Danton (auch Abonn.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße
1. Feiertag: Pausch.
Nachm. 3: Pausch.
2. Feiertag: Salome.
Nachm. 3: Ergeist (Orpheus)
Montag: Salome.

Komödienhaus
An beiden Feiertagen nachm. 3 Uhr: Die Sache mit Lola
mit Max Pallenberg.
Josefine Dora u. U. Ortrud Wagner, Pich, St. eda, Kiper.

Berliner Theater
An beiden Feiertagen nachm. 3 Uhr: Die spanische Nachtigall
mit Fritzi Massary
Hans Wassmann, Ralph Arlar Roberts, Emmy Sturm, Reinhold Pasch, Olga Engl.

Central-Theater
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Pötel (Märchen)
7^{1/2} Uhr: Fran Bäbel (Operette)

Deu sch. Opernhaus
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Oberon.
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Tannhäuser
Friedr.-Wilhelms-Theater.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Bohet die Tänzerin.

Kleines Theater.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Die Piratenskomödie.
7^{1/2} Uhr: Das Wunder. Der selbige. Lotchens Geburtstag.

Kl. Schauspielhaus.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Reigen.

Komische Oper.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch

Baronefchen Sarah
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch

Baronefchen Sarah
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch

Die schwedende Jungfrau
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Raub d. Sabinerinnen
Eman. Striese: Pötel Deutsch

Metropol-Theater.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Charleys Tante
mit Guido Thielscher.

Hollandweibchen
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Der Oberstler.

Ya-Shi tanzt.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Der Oberstler.

Neues Volkstheater
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Perikles von Tyrus.
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Der Biberpelz.
Mit: Majar Barbara.
Schiller-Theat. Charl.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Mächi der Finsterlind
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Nathan der Weise
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Piarrer von Kirchfeld

Thalia-Theater
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Die närrische Liebe.
Gastspiel: Hansi Niess

Boischafterin Leni.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Wenn Liebe erwacht
7^{1/2} Uhr: Der Jucharon.
7^{1/2} Uhr: Die alte Schachtel.

Theater des Westens
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Die Frau im Berneln.
7^{1/2} Uhr: Der ersten Liebe goldene Zeit.
Mit: J. Scherer, u. Roserrot
Th. d. d. Kommandantenstr.
trüber Herrschaft-Theater.
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Der verjüngte Adolar
Walter-Theater
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Eine Ballnacht.
7^{1/2} Uhr: Der Geiger von Lugano.
Wahalla-Theater
An beiden Feiertagen
7^{1/2} Uhr: Der Rastelbinder.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Keine Vorstellung.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky
Heute geschlossen.
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Peer Gynt.
7^{1/2} Uhr: Flamme.
(Dorsch, Hartmann, Götz, Pröckl.)
Sonnab. 7^{1/2} Uhr: Flamme.
(Dorsch, Hartmann, Götz, Pröckl.)
Montag 7^{1/2} Uhr: Flamme.
(Dorsch, Hartmann, Götz, Pröckl.)

Deutsches Künstler-Theater
Heute geschlossen.
1. Feiertag: Pygmalion.
7^{1/2} Uhr: Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg.
2. Feiertag: Pygmalion.
7^{1/2} Uhr: Die Scheidungsreise.
Montag 3 Uhr: Fitzlitz
7^{1/2} Uhr: Die Scheidungsreise

Residenz-Theater.
An beiden Weihnachtsfeiertagen
nachm. 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin.
Abends 7^{1/2} Uhr:
Lady Windermere's Fächer
Hansi Arnstädt, Adele Sandrock, Carola Tostle, A. Korff.

Trilanon-Theater.
An beiden Weihnachtsfeiertagen
nachm. 4 Uhr, halbe Preise:
Der Roman einer Frau.
Tausch 7^{1/2} Uhr:
Kammermusik.
Carl Clewing, Eugen Burg,
Otto Limburg, H. Albers.

Rose-Theater
Geschlossen.

APOLLO-
7^{1/2} Uhr Theater 7^{1/2} Uhr
Dir.: James Klein.
Auslands-Sensationen
Kapitän Nansen
mit seinen See-Löwen
Alhas Kopfrutsch
durch den
Zuschauertraum
Ravendes Reck
Sensations-Fahrt
Sackpfeifen-Tänze
und weitere
Sensationen.
An beiden
Feiertagen
2 Vorstellungen.

Casino-Theater
Lothring. Str. 37.
An allen
Feiertagen 2 Vorstellungen.
Nachm. 7^{1/2} u. klein. Preisen:
Eine Adèle Ehe.
Abends 9^{1/2} Uhr: Der Schläger:
Der Fehltritt einer Frau.

Folies Caprice
am Oranienburger Tor.
Neue Shows a dato
Die Reservatane
Melie Tochter d. Herzogin
m. Ferd. Grünacker, Rudolf
Rudolf, Georg Erich Schmidt,
Vorverk. 11-2 und ab 8 Uhr.
Tel: Nord 1550

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger.
im Ballsaal T A N Z.

Admiralspalast
Geschlossen. - Morgen
7^{1/2} Uhr: Die lustige Puppe.
7^{1/2} Uhr: Die roten Schuhe.

Circus Susein
Tägl. 3 u. 11.15 Uhr: H. Storch
Sarrasani, Frankpaum,
Gretli Tramm, Esbären,
Löwen, Ries. Menschen
Gymn. ab 10 ununterbr.
Warenhaus Tänz. Nachm.
7^{1/2} Uhr: Preis für Kinder.

Theater am Kottbus. Tor.
Tägl. 7^{1/2} Uhr und
an allen 3 Feiertagen
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Weihnachts-Prögr.
Nachm. ermäß. Pr.
b. voll. Abendprögr.
Vorv. 11-1^{1/2} u. 4 Uhr.

Reichshall.-Theater
An allen 3 Feiertagen
nachm. 3 Uhr
abends 7^{1/2} Uhr:
**Stettiner
Sänger.**

Wintereier
erstellt
man
durch
unser
Schneckenbrot.
Brotchen;
schöner
Stille oder
Kaffee.
Gesellschaft
Wintereier
7^{1/2} Uhr: Der Rastelbinder.

Komische Oper.
1. Weihnachtstheater 7 Uhr:
Uraufführung
unter Leitung des Komponisten:
Baronefchen Sarah
Operette von Leo Ascher.
Paul Heidemann } als Gäste.
Pepl Zampa

Tivoli
Chausseestr. 25, direkt am Stettiner Bahnhof
2 Orchester / 2 Bühnen
Täglich ab 6^{1/2} Uhr abends:
Große Variété- und Vaudeville-Schau-Kombination
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg
Neu! **Hamlet-Parodie** Neu!
Mamorielles Spiel
Erbes mit
u. die neuen engag. Künstlerin, die Berg's einzig dramatische
Teddi-Dären, Edda Deilbrügger, Clara Denary und
FRED ROBBER
- Der Schrecken aller amerikanischen Kriminalisten -
Außerdem auf eigenem Wunsch
Wiedereröffnung der ersten Etage am
1. Weihnachtstheater, nachmittags 4^{1/2} Uhr
Die Direktion

Frickes Konzerthaus
Ringbahnhof Neukölln Ringbahnhof
Telephon: Neukölln 2491.
ff. Biere, Weine, Liköre. Gute Küche.
Täglich Konzert mit hameristischem Einlagen
(Kapellmeister Krüger). 1534D
Eröffnung am 1. Weihnachtstheater.

Franz. Cognak Verschn.
Weinbrand Ver., Weinbrand
u. Rum, Div. Liköre u. Weine
in Qualitäten.
Gebr. Hoff, Spirituosen, Berlin SW. 61
Planufer 12. Moritzpl. 5515.

Sonnendorf-Betriebe
Bierbrauerei
Schützen Berlin hat die
Sonnendorf-Betriebe
G. H. H. Sonnendorf
Elden-Restaurant
Sonnendorf „Grün“
Sonnendorf
Sonnendorf
Sonnendorf

Teppiche
kauft man am besten in dem seit
50 Jahren bestehenden
**Teppichhaus
Brünn**
Hackescher Markt 4
am Bahnhof Börse
Große Auswahl! Billigste Preise!

Eine Weihnachtsgans
verdienen Sie sich, wenn Sie Ihre alten Weihnachtsgans, Zahn
7-300 R., Platin-, Gold- und Silberbruch an Urban
bringen. Eintrag täglich bis 7 Uhr, Sonntag bis 2 Uhr.
Bei Bedarf Gold-
Metall-Einkauf Süd-Ost.
(Eob.) & Roth, Ter.

Trauringe
Dukatengold 900,
14 Kar. Gold 585 gestemp.
8 Kar. Gold v. M. 39.75 an
Deutschlands bedeutendste Fabrik
mit direktem Verkauf an Private.
J. Weinstock & M. B. H.
Zentrale: Mohrenstr. 18 am Untergrundbahnhof
Friedrichstraße.
Alexanderstr. 14a, nahe Jannowitzbrücke,
Kottbuser Damm 34, Chausseestraße 69,
Charlitz, Spangar, Pl. K. Schönb., Grunewaldstr. 15.
Ankauf: Gold-, Silber-, Platin-,
Silber-, Gold-, Silber-, Platin-,
Achtung! Kein Laden! Geöffnet 9-1, 2-6.

Weihnachten
24
DEZEMBER
steht vor der Tür!

Die gute MASSARY Zigarette
URTEILEN SIE SELBST!

MASSARY ZIGARETTEN
Überall herzlich willkommen!

Alles denkbar billigst
Damen-Strümpfe engblau, Paar M. 7.50
9.00, 12.50, 17.50, 20.00 usw.
Gestrickte Damen-Untertailen M. 15.50
22.50, 27.00 usw.
Gestrickte Damen-Korsettschoner
Macco, Extra-Preis M. 9.75
Gestrickte Damen-Kemden Macco,
mit Arm M. 18.00
Gestrickte Kinder-Röckchen M. 9.75
mit Arm M. 11.75
Herren-Hosen grau M. 12.50, 15.75, 16.50,
18.00 usw.
Herren-Kemden grau, glatt und mit Ein-
satz M. 26.00
Dicker Rockbarchent Meter M. 18.00
Kleider- u. Blusen-Veloutine Meter M. 19.50
Eduard Mankiewitz, Goethestr. 33

Edelmetall
und edelmetallhaltige Ab-
fälle sowie Gold u. Silber
in Bruch u. Schmelze jeder
Form läuft ständig
Scheideanstalt
Fr. Urbajschek,
Berlin SW 68,
Wartburgstr. 23
Geogr. 1903 / 1917 Nr. 4208

Stellenangebote
Jüngerer
Gummi-Meister
vollständig erlernt in der
Herstellung von Gummilaternen
und der dazu gehörigen Ein-
richtungen, wird in entlohnungs-
würdiger Stellung in der Nähe
großer rheinischer Stadt sofort
gesucht. Offerten mit Lebens-
lauf, Zeugnisabschriften, Alters-
angabe und Gehaltsansprüchen
unter K. B. 2262 an Rud-
Mosse, Köln. 617

**Ankauf
Juwelen**
Maréchal & Co.
Kanonierstr. 9.
Trarbach:
Die Religionen der Menschen
(Kritische Betrachtung)
Verl. Th. Göttinger, 2 M.
Trarbach: Reform der
heut. Religionen unterrichts
Dehnbach-Verlag, Berlin, 1/4.

Brillanten, Perlen,
Uhren, Platin und Goldbruch.
G. Schliephaeke, Friedrichstraße 210,
Ecke Kochstraße.

Brillanten
kauft
Berliner Edelstein-Ges. m. h. H.
Friedrichstr. 168. Nur 1. Etage

Brillanten „Veritas“
Jägerstr. 10.

Ankauf von:
**Brillanten, Perlen,
Juwelen,**
zu höchsten Preisen bis zu den größten Objekten.
! Strengste Kontrolle!
Platin-, Gold-, Silberbruch
Brillantenankauf von 11-3 Uhr.
Geschäftszeit von 9-6 Uhr.
Am Spittelmarkt,
Beuthstr. 10 (Laden)

Vertrauensv. Austausch
Gebundene Preise.
14/12a
Stummelstr. 7a

Buchhändlergehilfe
Jüngerer tüchtiger
1924
(für Ladengehilfe) zum Eintritt per 1. Januar 1921 gesucht.
Offerten an Verlag „Dolfs-Deit“, Steinf., Köhlerstr. 10.

**Werkzeug-
schlosser**
gefeht, tüchtig und
reißend im Schloß-
und Stangenbau.
H. Nickel & Co.,
1139D) Cassel,
Wilmannswarenbes.
**Preßluftmeter,
perfekte,**
für Eisen-onstruktionen,
stellt ein 1135-D
Druck & Heizer G. u. b. U.
Berlin-Mariefelde,
Großbeerenstraße 1135-D